Neudruck

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion
der Fraktion DIE LINKE
der CDU-Fraktion

zum Antrag Drs. 5/2069

"Schülerinnen und Schüler mit Rechenschwäche nicht benachteiligen"

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag Brandenburg fordert als Ergebnis der Anhörung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport zum Thema „Dyskalkulie / Rechenschwäche“ am 16. September 2010 die Landesregierung auf, folgende Maßnahmen einzuleiten:

1. Die Landesregierung wird gebeten, sich im Rahmen der Stärkung diagnostischer Kompetenzen der Lehrkräfte und der Verbesserung individueller Förderung dafür einzusetzen, bereits in der ersten Phase der Lehrerausbildung verstärkt Grundlagen für das Erkennen von Rechenschwäche und zur wirksamen Förderung der betroffenen Kinder zu legen.
2. Die Angebote zur Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern sollen auf ihre Qualität hinsichtlich der Befähigung zur Diagnose, dem adäquaten Umgang mit und der gezielten Förderung von Kindern mit diagnostizierter Rechenschwäche überprüft und fortentwickelt werden.
3. Die Verwaltungsvorschrift über die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit einer besonderen Schwierigkeit im Lesen und Rechtschreiben oder mit einer besonderen Schwierigkeit im Rechnen (VV-LRS) ist unter Beachtung der länderübergreifenden KMK-Empfehlung zu überprüfen und ggf. zu ergänzen. Im Rahmen der KMK soll zudem eine Überprüfung der gemeinsamen Grundsätze zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Lesen und Rechtschreiben oder im Rechnen vom November 2007 initiiert werden. Dabei soll auch die Frage des Aussetzens der numerischen Benotungen zugunsten der verbalen Leistungsrückmeldung unter Berücksichtigung der Kompetenzentwicklung für betroffene Schülerinnen und Schüler aufgegriffen werden.

4. Es soll zudem geprüft werden, welche spezifischen Maßnahmen eines Nachteilsausgleichs für die Schülerinnen und Schüler mit anerkannter Rechenschwäche gewährt werden können. Dabei soll das in der Anhörung benannte Spektrum möglicher Maßnahmen geprüft werden. Dazu könnte etwa zählen
 - für betroffene Schülerinnen und Schüler alternative Aufgabenformulierungen und Aufgabenkontexte einzusetzen,
 - Nebenrechnungen zulassen und die Lösungswege in die Bewertung zu integrieren,
 - inhaltsbezogene und allgemeine mathematische Kompetenzen auf unterschiedlichen Niveaus zu berücksichtigen und die Schwierigkeitsgrade der Aufgaben in schriftlichen Arbeiten zu variieren.

Begründung:

In der Anhörung zur „Dyskalkulie bzw. Rechenschwäche“ im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport wurde deutlich, dass neben einer guten frühkindlichen Bildung in den Kindertagesstätten die beste Prävention gegen Rechenschwäche ein guter Anfangsunterricht im Rechnen in den Jahrgangsstufen 1 und 2 ist. Das Lehrpersonal an Grundschulen sollte deswegen ausreichend darauf vorbereitet sein, Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Grundvoraussetzungen zum Erlernen des Rechnens angemessen zu unterrichten und zu fördern und zu fordern. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig zu überprüfen, inwiefern die Lehrerbildung an der Universität Potsdam diesen Aspekt ausreichend berücksichtigt. Darüber hinaus sollten die qualifizierten Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten überprüft und weiterentwickelt werden.

In der Anhörung wurde zudem einhellig die Meinung geäußert, dass Kinder mit einer diagnostizierten Rechenschwäche früher Förderung bedürfen, um im Laufe ihrer Schullaufbahn nicht dauerhaft in Mathematik benachteiligt zu sein. Dabei wurde deutlich, dass ein temporärer Nachteilsausgleich Teil einer Förderstrategie für die betroffenen Schülerinnen und Schüler sein und sie entlasten kann, ohne dass dadurch der Grundsatz der gleichen Leistungsbewertung verletzt wird.

Ralf Holzschuher
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE

Dr. Saskia Ludwig
für die CDU-Fraktion